

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,
Mitglied des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.
15

Erscheint alle 14 Tage. Durch die
Post bezogen monatl. 50 Pfg., mal
Leurungszahl des Börsevereins
der Buchhändler.

Köln, den 26. Juli 1924

Hauptgeschäftsstelle: Benloer
Wall 9. Fernspr. Anno 8538.
Postfach-Konto Köln 18937.

12.
Jahrg.

Willst das Große du erreichen;
Sange mit dem Kleinen an;
Deine Tadel werden schweigen,
Ist das Kleine groß getan.

Ablehnung des Schiedspruches des Reichsmanteltarifvertrag.

Den in der vorigen Nummer mitgeteilten Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums haben die beiden Arbeitnehmerverbände, da er hinsichtlich der Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und Sonntagsarbeit Verschlechterungen brachte, abgelehnt. Daraufhin hat der Arbeitgeberverband am 14. Juli die Verbindlichkeitserklärung beim R. A. M. beantragt. Am 16. Juli fanden die Verhandlungen statt.

Der Versuch des Vorsitzenden, Herrn Oberregierungsrat Dr. Grabein, die Arbeitgeber in einer Einzelberatung zu einem Entgegenkommen zu bewegen, hatte aber keinen Erfolg. Mit der Begründung, daß der Schiedspruch für die Arbeitnehmer durchaus günstig ausgefallen sei, wurde dieses abgelehnt.

Die Rechtslage ist nunmehr folgende: Ein gefällter Schiedspruch kann nur unter Zustimmung beider Parteien bei der Verbindlichkeitsklärung abgeändert werden. Das Reichsarbeitsministerium kann daher im vorliegenden Falle den Schiedspruch so für verbindlich erklären, wie er gefällt ist, oder aber die Verbindlichkeitsklärung ablehnen. Der erstere Fall ist der wahrscheinlichere und damit würde der Schiedspruch mit seinen Bestimmungen Bestandteil des Reichsmanteltarifvertrages und gesetzliches Recht.

In diesem Falle ist es möglich, daß in den einzelnen Städten Konflikte entstehen. Dann muß von den Mitgliedern unter allen Umständen streng gewerkschaftliche Disziplin gewahrt werden. Nur dann wird es möglich sein, die gegenwärtige schwierige Position zugunsten der Kollegenschaft zu meistern.

Schwere soziale Kämpfe.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Sachverständigengutachten in die Wirklichkeit überleitet werden. Wenn auch hierdurch eine gewisse Ordnung in das Wirrwarr, welches heute noch zwischen den Nationen herrscht, hineinkommen wird,

müssen wir uns doch klar werden über die gewaltigen Opfer, welche die deutsche Wirtschaft tragen soll. Die uns gewährte Erleichterung bringen. Die heute unerträglich wirkende Kreditnot, die zu Betriebs Einschränkungen und Stilllegungen von großen Werken, wie Krupp, Lang usw. geführt hat, und tausende von Arbeiter arbeitslos machte, wird in etwa gehoben. Eine Beseitigung der Zollgrenzen des besetzten Gebietes, die Wiederherstellung der deutschen staatlichen Hoheitsrechte dortselbst, die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete an Rhein und Ruhr, und die Aufhebung der Münchverträge, wird ohne Zweifel ebenfalls günstig auf die deutsche Wirtschaft einwirken. Alle diese Erleichterungen sollen uns aber nicht deshalb gewährt werden, um uns unsere Lage zu erleichtern, - sondern um die verlangten Summen an Reparationsleistungen aufbringen zu können.

Die ganzen Maßnahmen und Einrichtungen stellen nur eine Ordnung der politischen und ökonomischen Beziehungen der Nationen zueinander dar. Wie sich Deutschland mit den ihm auferlegten Leistungen abfinden wird, ist seine eigene Sache. Je klarer und bestimmter die Leistungen ans Ausland festgelegt werden, umso schärfer werden aber im politischen und wirtschaftlichen Leben der Nation, die Kämpfe um die Verteilung dieser Lasten entbrennen.

Trotz Revolution, trotz vier Jahre Arbeitsgemeinschaft, steht ein großer Teil der Unternehmer die Wirtschaft noch mit den Augen der Vorkriegszeit an. Die Kämpfe um Arbeitszeit und Arbeitslohn in letzter Zeit zeigen, wie wenig diese Kreise sich von den alten Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer freigemacht haben. Einerseits in Bezug auf die Ergiebigkeit der Wirtschaft, die sie nur durch ganz einfache mechanische Mittel, schematische Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnbrückerel, glauben steigern zu können. Von einer Heranziehung der Arbeiter zur freudigen verantwortungsvollen Mitarbeit an der Wirtschaft, Hebung der Arbeitsfreude und Arbeitslust, sind kaum die ersten Ansätze vorhanden. Diese falsche Einstellung hindert dann auch naturgemäß die technische Umstellung der Betriebe auf den höchstmöglichen Wirkungsgrad mit dem wenigsten Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitsmittel.

Die alte Rechnung kann aber nicht mehr stimmen, da seit Kriegsbeginn in der Arbeiterwelt eine seelische Umwandlung vor sich gegangen ist. Sie ist sich der Persön-

lichkeitswerte bewußt geworden und will nicht mehr im Produktionsprozeß als eine Ware gewertet und demgemäß behandelt sein. Die Zeiten, wo es noch gelang, durch Gesetze und Verordnungen, durch Maßnahmen, Gründung von gelben Vereinen, Erlaß von Koalitionsverbote usw. mit all diesen rohen mechanischen Mitteln die Arbeitnehmer zu zwingen, auf ihr Menschenbewußtsein zu verzichten, sind endgültig vorüber. Sie fordern mit aller Entschiedenheit, nicht haben sich die Menschen der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft hat sich dem Menschen unterzuordnen. Nur in der vollen Anerkennung dieses Grundsatzes ist Voraussetzung gegeben, durch Mitarbeit der Arbeitnehmer den Ertrag so weit zu steigern, um die Reparationsleistungen zu leisten und den Weltmarkt wieder zu erobern. Ein Betrieb, der nur durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnbrückerel versucht, sich leistungsfähiger zu gestalten, wird bald erfahren, daß diese Versuche ganz naturnotwendig, bei der jetzigen geistigen Einstellung der Arbeitnehmer, entweder auf offenen Kampf, oder aber stillen passiven Widerstand stoßen wird. Diese Mittel haben versagt, müssen bei einer stabilen Währung versagen, da es nicht mehr möglich ist, wie zur Zeit der Inflation, die Betriebsführung vollständig undurchsichtig zu machen.

Trotz alledem werden wir erleben, daß noch oftmals versucht werden wird, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Kämpfe wie unlängst im Bergbau werden nicht vereinzelt bleiben. Man rechnet hierbei mit zwei Faktoren. Die Staatsgewalt ist wesentlich geschwächt. Regierung und Volksvertretung sind in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu der Wirtschaft gekommen. Noch nie hat sie einen derartigen Einfluß auf die Regierung und die Parteien ausüben können wie jetzt. Die Arbeitgeberorganisationen stehen wieder fest und geschlossen da. Sie haben die Scharten der Inflation längst wieder ausweken können.

Dagegen fehlt es den Verbänden der Arbeitnehmer an genügender Stokkraft. Die Stärkung der Mitgliederzahlen - ein Teil derjenigen, die November 1918 zu ihnen gestoßen ist, wird immerhin der Wegang treu bleiben - wird wieder aufgehoben durch die Folgen der Inflation, die bis heute noch nicht restlos wieder ausgemerzt werden konnten.

Alle diese Umstände werden seitens der Unternehmer in Rechnung gestellt. Sie hoffen, daß damit die Voraussetzungen gegeben sind, um endgültig mit den neuen Verhältnissen aufzuräumen zu können. Ob diese Rechnung stimmt oder nicht, darüber die Entscheidung zu fällen, ist zum guten

Zeile in die Hande der Arbeitnehmer gegeben. Sie haben es in der Hand, durch die Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen auch jene Kreise der Wirtschaft zu zwingen, auf diese geplanten Kämpfe zu verzichten und auf dem Wege der Verständigung mit ihren Arbeitnehmern die Wirtschaft einer Gesundung entgegen zu führen.

Soziale Rundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages

Die sozialen Nöte der Zeit, die Zerkleinerung der menschlichen Gesellschaft, die Unterdrückung der sittlichen Ordnung schreien geradezu nach einer Besserung. Die Enzyklika „rerum novarum“ des Papstes Leo XIII zeigte, daß nur in der Erneuerung des Christentums die Schäden der Zeit geheilt werden können. Vom gleichen Gedanken ausgehend hat der Deutsche Evangelische Kirchentag, die Gesamtvertretung aller deutschen evangelischen Landeskirchen, seine Mahnung und Forderung an das deutsche evangelische Volk gerichtet, deren Worte aber auch darüber hinaus zu hören von großer Bedeutung sind.

Nach zwei grundlegenden Vorträgen über die sozialen Probleme der Gegenwart, allgemeiner Aussprache und eingehender Vorbereitung im „Sozialen Ausschuss“ erließ der Kirchentag eine Kundgebung. In der es einleitend heißt, daß Gottes gewaltige Hand schwer auf unserem Volke liegt. Rettung könne nur kommen, wenn unser Volk wieder Verständnis gewinnt für die von Gott gesetzte sittliche Ordnung. Die Erneuerung des Volkslebens müsse bei seiner Urzelle, der Familie, beginnen, usw.

Zu Fragen des öffentlichen Lebens, in welchem viel unchristliches Wesen zutage tritt, übergehend, laßt dann die Kundgebung weiter: „Wenig ist von dem Sinn und Geiste zu spüren, der in dem anderen Menschen ein Gottesknecht und einen Bruder sieht. Menschenverachtung gilt vielen als vornehm, Klassenhochmut als Standespflicht. Ausnutzung der Lage, unbekümmert um das Wohl und Wehe der anderen, als Geschäftstätigkeit, Selbstsucht, die nur an den eigenen Vorteil denkt, als selbstverständlich. Seelische Verflachung und

gegenseitige Verbitterung sind die unausbleiblichen Folgen. Gott froht aber nicht, ob arm oder reich, vornehm oder niedrig, gelehrt oder unangelehrt. Erst der innere Wert oder Unwert macht den Unterschied aus. Schon in der Zeit, erst recht in der Ewigkeit.

Solcher Mangel an echt christlichem Geiste und Brüderinn ist es auch, der zu der unheilvollen Verflachung des Wirtschaftslebens und der furchtbaren Verschärfung der sozialen Gegensätze geführt hat, welche unsere ganze Zukunft und Gerechtigkeit bedrohen.

Gewiß folgen die wirtschaftlichen Ordnungen auch eigenen Gesetzen, und den Kämpfen um ihre Ausgestaltung und Fortentwicklung kann und soll die Berechtigung nicht verweigert werden. Aber es kommt auf den Geist an, in dem diese Kämpfe geführt werden. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß alle Versuche, das wirtschaftliche Leben allein auf äußeren sozialen Forderungen und Maßnahmen aufzubauen, scheitern und nicht zum Frieden führen. Der Grund liegt zutage. Wahrhaft soziale Gesinnung stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Überzeugung von dem unvergänglichen Wert der Menschenseele, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen, das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichem Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und ist ihre Verwirklichung möglich. Gewiß steht die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist als alle Sachwerte.

Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen. Eignet, wenn ehrlich erworben, ist nicht Diebstahl, aber es ist für den Christen keine Sache, mit der er belibig halten und walfen darf, sondern ein anvertrautes Gut, über das er Gott Rechenschaft zu geben hat, und das eine Quelle des Segens nicht nur für den Besitzer, sondern auch für seine Mitmenschen sein soll. Die Arbeit ist nicht einfach eine Ware, die man kauft und verkauft, sondern pflichtmäßiger Dienst am Volksganzen und bei aller

Wahrhaftigkeit das notwendige Mittel, sich ehrlich Brot zu erwerben, sich in Fleiß, Treue und Selbstüberwindung zu bewähren und im Bewußtsein der Bedeutung seiner Arbeit für das Wohl der Gesamtheit innere Befriedigung zu gewinnen. Darum hat jede ehrliche Arbeit auch ein Recht auf Anerkennung und darf nicht zum Kronendienst herabgewürdigt werden. Es müssen Kraft und Zeit zur Pflege des seelischen Lebens übrig bleiben.

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern leben wir mit engerer Sorge wieder Kämpfe entbrennen darat, daß sie die Volksgemeinschaft, die gegenwärtig doppelt notwendig ist, zu zerreißten und Deutschlands Gesundung und Lustigkeit zu vereiteln drohen. Die zu gemeinsamer Arbeit Berufenen und aufeinander Ungewiesenen stehen sich vielfach fremd oder gar feindlich gegenüber: Ueberhebung und Machtbewußtsein, Neid und Mißgunst, Hüben und drüben Verständnislosigkeit und Bitterkeit. Die letzte Quelle dieses Unheils ist auch hier der materialistische Geist, der das Leben nach Geldverdienen und Genuß einschätzt, die Einzel- und Klassenpflicht unheimlich atrophieren läßt und nicht selten sogar das Gewissen des Einzelnen unter dem Willen der Masse oder einer Vereinigung knechtet. Solange dieser Geist herrscht, kann nicht Friede werden. Friede kommt nur aus der christlichen Einsicht in das Leben und wirklicher Brüderlichkeit.

Wir haben volles Verständnis für die äußere und innere Not der Arbeiterkraft, die Vieles aerrinnen sieht, was sie gealaut und erhofft hat, und nun auch von Arbeitslosigkeit und drückenden Sorgen bedroht ist. Sie kann sich jedoch dem nicht verschließen, was die schwere wirtschaftliche Lage von allen Volksgenossen zwingend fordert. Sie darf die Mitverantwortung für das Volksganze, dem sie als wichtiges, gleichberechtigtes Glied angehört, nicht verneinen. Aber auch von falschen Sätzworten sollte sie sich endlich freimachen wie denen, daß das Christentum eine Partei- oder Klassenfrage sei, daß es den geistigen, sittlichen und sozialen Aufstieg hindere und daß die Wissenschaft den Glauben unmaßlich gemacht habe. Gottesglaube und Christentum sind für die Arbeiterkraft genau so unentbehrlich wie für alle anderen.

Du und Dein Nächster.

„Soll ich meines Bruders Hüter sein?“ so fragen auch heute noch ungezählte bewußte oder unbewußte Rainsjünger, weil in diesem Punkte so ziemlich alles beim alten geblieben ist trotz „Kultur“ oder gerade infolge der „Kultur“.

Diese Kernfrage des Gemeinschaftslebens suchte früher allein die „freie Liebestätigkeit“ zu beantworten. Heute tritt ihr in besonderer Weise die Wohlfahrtspflege zur Seite. Beide sagen: „Du sollst deines Bruders Hüter sein!“

Das sollte allen Menschen gelten ohne Unterschied der Weltanschauung oder der persönlichen Stellung zu den einzelnen Wohlfahrtsfragen. Es sollte so sein.

Daß aber diese Parole der Wohlfahrtspflege heute auch für die christlichen Gewerkschaftler in besonderer Weise gilt, davon gab ein am 11. und 12. Juli in Köln abgehaltener, sehr gut besuchter Wohlfahrtskursus des Zentralwohlfahrtsausschusses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands das beste Zeugnis.

Wir ringen in der christlichen Arbeiterkraft noch um die äußeren Formen der Wohlfahrtspflege. Das ist gut! Es wäre aber übel um uns bestellt, wenn wir noch um die „geistigen Grundlagen“ der freien Wohlfahrtspflege ringen müßten. Daß wir als christliche Gewerkschaftler hier die fundamentale Einstellung zum Unterschied von der Einstellung des „Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt“ haben, wurde in den Eingangsvorträgen von Direktor Bauer (Köln) und Prälat Dr. Müller

(M. Gladbach) in besonderer Weise betont und bekräftigt.

Eine wertvolle Ergänzung waren in diesem Zusammenhang die von Reg.-Rat Hedder (Düsseldorf) stützten geistigen Grundlagen der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Man wird das warme Herz der Caritas und der inneren Mission niemals missen können, man wird aber im „Wohlfahrtsstaat“ auch auf die wertvollen rechtlichen Klärungen nicht verzichten dürfen. Auch die humanitäre Einstellung weiter Kreise, die in der Wohlfahrtspflege mitarbeiten, verdient eine gerechte Bewertung. Es ist durchaus möglich, daß sich auf dem weiten Wohlfahrtspflegegebiet Menschen mit den verschiedensten Richtungen zusammenschließen können. Die Intensität wird auf die Dauer allerdings da am stärksten und tiefsten sein, wo die Triebkräfte aus dem Vorn „christlicher Nächstenliebe“ quellen.

Wir haben viel Not und Elend, aber wir haben einen Mangel an Menschen, die etwas mitleidet und bewußt mitempfunden haben von der alles überwindenden Liebe. Mehr gemeinsames Tragen und Helfen, mehr gemeinsames Wollen für das große Ziel, praktische Nächstenliebe tut not. Die Stellung der christlichen Arbeiterkraft zur freien Wohlfahrtspflege wird klar und deutlich die Parole haben müssen: Caritas, innere Mission und christliche Arbeiterkraft gehören in der Wohlfahrtsarbeit zusammen, auch wenn sie ihre besonderen Wege zum gemeinsamen Ziel gehen werden. Das konnte auch Fischer (Düsseldorf) erfreulicherweise in seinem Referat auf Grund von Erfahrungen feststellen. Es wird schon so bleiben, daß auch aus den Kreisen der christ-

lichen Arbeiterkraft auf die Wohlfahrtsarbeit befruchtend, anregend und vertiefend gewirkt werden wird. Denn daß sie nicht nur empfangen will, sondern auch geben muß und kann, liegt tief begründet in der engen Fühlung der Arbeiterkraft mit dem sie tagtäglich umgebenden Elend und Weh.

Es ist gut so, wenn wir bei solchen Tagungen mitten hineingestellt werden in das Ringen um den Ausgleich zwischen innerem Erleben und äußerer Betätigung. Wir treiben ja nicht Wohlfahrtsarbeit um irgendwelcher agitatorischer oder sonstiger äußerer Gründe willen, sondern hier treibt und muß immer wieder treiben das Heilandswort: „Was du getan hast einem unter diesen meiner geringsten Brüder, das hast du mir getan!“

Daß die Wohlfahrtsarbeit durch Theorie getötet werden kann, sollte auch der größte Idealist nicht übersehen. Praktische Arbeit hat aber auch als Voraussetzung die Kenntnis des staatlichen Organisationsgerippes der Wohlfahrtspflege. Der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. jur. et med. Horion, hatte es übernommen, die Teilnehmer in die „Neuregelung des Fürsorgewesens“ und besonders in die Organisation und Aufgaben der Landesfürsorge- und Bezirksfürsorgeverbände einzuführen. Die bisherigen Bestimmungen waren nicht nur lädenhaft, sondern auch in Punkte Zuständigkeit sehr unmaßlich. Hier hat die Verordnung vom 14. 2. 24 in etwa Wandel geschaffen. Der Landesfürsorgeverband (Provinzial-Verwaltungsbehörden) als Träger der gesamten Fürsorgepflicht kann nicht nur die örtlichen Fürsorgestellen mit der Durchführung seiner Aufgaben betrauen, sondern auch der freien Wohl-

Den Arbeitgebern aller Art legt die größere wirtschaftliche Macht, die sie in Händen haben, um so größere Verantwortung auf. Ist auch ihre Lage vielfach unter den obwaltenden Verhältnissen schwierig, so ist es doch eine zwingende sittliche Pflicht für sie, sich vor einer Ausnutzung ihrer Macht gegenüber wirtschaftlich Schwächeren zu hüten, vielmehr bis an die Grenze der Möglichkeit Opfer zu bringen, um nicht ohne Not Arbeiter brotlos werden zu lassen, um nicht unnötig die Arbeitszeit heraufzusehen oder den Lohn herabzudrücken. Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgelohnt zu werden braucht, sondern gleichachtende Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung ihrer Lage und auf Berücksichtigung ihrer materiellen und seelischen Bedürfnisse haben und denen auch die Freiheit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluß nicht unterbunden werden darf.

Aber nicht nur das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern macht uns anbauend Sorge. Wir sehen in der Verworfenheit unserer Lage viel irrende Gewissen. Die mancherlei Interessentenverbände, von denen unser Volk bis in den letzten Winkel durchorganisiert ist, wehren dem Egoismus des einzelnen, tragen aber die Gefahr in sich, einen Gruppenegoismus zu erzeugen, der dem Ganzen schädlich ist. Die Parteien, die wir tragen müssen, sollen wir nicht auf die Schultern des Nächsten laden, sondern „einer trage des Anderen Last“.

Zum Schluß heißt es in der Fundamente, daß das Geleit nur ein Umriß dessen sei, was der Kirchentag wollte und daß in der letzten Stunde der Entschiedenheit es jedermanns Pflicht sei, mitzubekennen, daß das Geordnete seine Verwirklichung finde.

Diese Fundamente wird ein Markstein für die evangelisch-soziale Bewegung Deutschlands sein, von deren fortschreitender Entwicklung auch für die christlich-nationale Arbeiterbewegung gute Wirkungen zu erhoffen sind.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf hat Mitte Mai dieses Jahres ihren dritten Tageslehrgang

begonnen. Die Schule hat sich die Aufgabe gestellt, Männern und Frauen, die bereits längere Zeit im Berufsleben standen und wirtschaftliche und soziale Interessen betunden, die Möglichkeit zu geben, sich die Grundlagen einer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bildung zu verschaffen.

In die großen Lehrgelände Wirtschaft, Sozialpolitik, Recht, Weltgeschichte, Weltpolitik und Sprachen werden die Schüler durch Vorträge, Diskussionen, eigene schriftliche und mündliche Arbeiten eingeführt. Durch Besichtigungen und Studienfahrten wird die enge Verbindung mit dem Leben aufrecht erhalten. Bei den Studienfahrten werden praktische Anknüpfungspunkte für den theoretischen Unterricht gefunden.

Die große Bedeutung dieser Arbeiterbildungskräfte Reichdeutschlands dürfen wir nicht unterschätzen. Im ersten Jahre waren zwei christliche Gewerkschaftler an der Schule, im vorigen Jahre elf und im jetzigen Lehrgange acht. Dem Tageslehrgang geht ein einjähriger Fernunterricht voraus, der die Teilnehmer zu planmäßigem Studium anleiten soll. Dadurch wird der Wirkungsgrad der Schule erhöht, die Teilnehmer wenigstens in etwa auf einen einheitlichen Bildungsgrad gebracht und nicht zuletzt eine gewisse Auslese der wirklich Befähigten ermöglicht. Nur solche Persönlichkeiten sollen zur Schule kommen, die die aufgewandten Opfer und die eingehende Arbeit reichlich lohnen.

Mit der Schule ist ein Internat verbunden, in dem die Schüler fast vollständig frei wohnen. Sie leben und studieren zusammen, sind für ein Jahr losgelöst vom Getriebe der Welt.

An dem Fernunterricht für das nächste Jahr nehmen bereits vierzig Bewerber teil. Junge, fleißige Gewerkschaftler, die den Willen haben, ihr Wissen zu vertiefen, wollen sich recht bald an unsere Hauptgeschäftsstelle wenden, von wo ihnen dann näheres Material über die Schule zugeht.

In der Hauszinssteuer hat sich der Arbeiterschaft eine starke Erregung bemächtigt, zumal der ständige Ausschuß des preußischen Landtages eine Erhöhung der Hauszinssteuer ab 1. Juli auf 500 und ab 1. Oktober auf 600 Prozent der Grundvermögenssteuer beschlossen hat. Unser christlicher deutscher Gewerkschaftsbund hat dazu die Abstellung der drückendsten Mißstände gefordert, u. a. Fortfall der Haus-

zinssteuer für kinderreiche Familien in wirtschaftlich bedrängter Lage. Die Hauszinssteuer hat in erster Linie den Zweck, die frühere Wohnungsbauabgabe zu ersetzen und Mittel für den Bau von Wohnungen in Form von Grundhypotheken zur Verfügung zu stellen. Die Finanznot hat aber die Länder dazu gezwungen, einen immer größeren Anteil des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für andere Zwecke zu verwenden. Vor allem macht es die letzte Beamtengeldserhöhung, die in ihrer Form durchaus unsozial und ein schwerer Fehler der jetzigen Regierung war, nötig, weitere Mittel aus der Hauszinssteuer für Besoldungszwecke zu verwenden, eine Last, die absolut nicht gerechtfertigt werden kann. Da dem Reichsminister der Finanzen bis zum Zusammenritte des Reichstages gelehrt die Möglichkeit gegeben war, von sich aus die Reduktion der Beamtengelder vorzunehmen, wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund wie die gesamte Öffentlichkeit vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Betriebskrankenlasten in Breslau.

Von einem Teilnehmer wird uns geschrieben: Am 12. und 13. d. M. fand in Breslau die zwölfte Tagung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenlasten statt. Der Vorstand des seit 1904 bestehenden Verbandes leitete sich bisher nur aus Arbeitgebern zusammen. Mit diesem uneren System wurde jetzt abrochen und leitete sich der Vorstand nun aus je ein Drittel Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Geschäftsführern zusammen, die alle vier Jahre neu gewählt werden sollen. Ein Vorkaufmann ist auch das nicht und die alte Forderung auf die Hälfte der Sitze im Vorstande des Verbandes muß auch in Zukunft aufrecht erhalten werden. Sodah die neue Regelung seitens der Arbeitnehmer nur als eine provisorische betrachtet werden kann. Im weiteren Verlauf der ersten Sitzung wurde betont, daß die Betriebskrankenlasten über die schwere Zeit der Inflation von allen Kassenarten am besten hinweggekommen seien. Es wurde Klage darüber geäußert, daß die Regierung von den Krankenlasten eine Herabsetzung der Beiträge verlangt, andererseits aber eine Erhöhung der Arthonorare und der Medikamente zulasse. In einer Entschiedenheit, die einstimmig angenommen und der Regierung zugestimmt wurde,

fahrtspflege können einzelne Aufgaben übertragen werden. Die Verantwortung bleibt aber beim Landesfürsorgeverband, der auch berechtigt ist, der freien Wohlfahrtspflege die ausserlegten Arbeiten wieder abzunehmen, wenn die Verpflichtungen nicht erfüllt worden sind. Der Bezirksfürsorgeverband ist in seiner bezirkslichen Abgrenzung noch nicht endgültig fertig. Für gewöhnlich wird er sich aus mehreren Gemeindeverbänden oder Gemeinden zusammensetzen. Größere Gemeinden werden selbst Bezirksfürsorgeverband sein. Auch der B. V. Verband kann einzelne seiner Aufgaben Verbänden der freien Wohlfahrtspflege übertragen. Hier wird es sich besonders zeigen, ob die freie Wohlfahrtspflege den an sie gestellten Anforderungen gewachsen ist. Die Fürsorgeverbände werden dann am besten arbeiten, wenn sie sich als Bindeglied zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege betrachten.

Eine wertvolle Weiterführung des Referats von Dr. Horion waren die Ausführungen des Reg.-Rat Feder, die sich besonders mit der Organisation der Jugendwohlfahrtspflege befaßten. Da dieser Zweig der allgemeinen Wohlfahrtspflege ein besonders wichtiger und nach Ansicht Horions auch einer der am bestgeeigneten für die praktische Mitarbeit ist, fand er auch besondere Beachtung.

Der „Aufbau der Jugendwohlfahrtsbehörden“ in Form der „Jugendämter“, „Stadtjugendämter“, „Kreisjugendämter“ und „Landesjugendämter“ zeigt die Notwendigkeit einer großen Helferschaft, die auch zum Teil von der christlichen Arbeiterschaft aufgebracht werden muß, will sie

den erforderlichen Einfluß erreichen und erhalten. Weil aber alle Wohlfahrtsarbeit nur dann ersprießlich sein kann, wenn sie irgendwie örtlich oder bezirklich organisatorisch zusammengefaßt ist — ohne aber dadurch eingeengt zu sein — so mußte das Referat von Min.-Rat Dr. Bötz Berlin (Reichs-Arb.-Min.) über „Das städtische Wohlfahrtsamt“ starkes Interesse erwecken. Und so war es auch nicht verwunderlich, daß dieses Referat den Höhepunkt des Rufus darstellte.

Die Errichtung von „Wohlfahrtsämtern“ als Zusammenfassung der gesamten örtlichen Fürsorge an einem Mittelpunkt muß als die geeignetste und zweckmäßigste Form der Organisation der Fürsorge bezeichnet werden. Vereinheltlich von einerseits, Spezialisierung andererseits sind im Wohlfahrtsamt gegeben. Die Eingliederung von Arbeitsamt, Armenamt, Gesundheits- und Jugendamt, Versicherungs- und Wohnungsamt hat sich in der Praxis sehr gut bewährt. Die Aufstellung von allgemeinen Grundsätzen für sämtliche Zweige der Wohlfahrtspflege kann beim Wohlfahrtsamt am besten erfolgen. Die Leitung des Wohlfahrtsamtes ist entscheidend für eine erfolgreiche Arbeit und Zusammenarbeit der verschiedenen Zweige der Wohlfahrtspflege. Manches Wohlfahrtsamt „leidet“ vielleicht mehr unter dem Mangel einer klaren Leitung als unter dem Mangel an tüchtigen Helfern und Helferinnen.

Wohlgut und mitzuteilen ist von jeder mit Kosten und Opfern verbunden gewesen. Die „Beschaffung von Mitteln“ wird aber leider noch zu wenig in der Wohlfahrtsarbeit bewertet und darum „leidet“ so manches. Die christliche Arbeiterschaft muß aus

sich heraus Mittel aufbringen oder „Quellen“ zu entdecken versuchen, damit der „Strom“ der in der Wohlfahrtsarbeit dauernd „fließen“ muß, nicht zum versiegen komme.

Ferien! Das klingt in diesem Zusammenhang so zusammenhanglos und doch ist auch das ein Stück Wohlfahrtsarbeit, der Arbeiterschaft die Wege zu zeigen und zu ebnen, zum wirklichen Ferien gehen. Wenn heute so wenig die Urlaubszeit „verstanden“ und „verwertet“ wird, dann liegt das zum Teil allerdings an den „Verhältnissen“, zum Teil aber auch an der mangelnden Anleitung, aus Urlaubszeit wohlthuende Ferienzeit zu machen. Hier eröffnet sich ein großes Betätigungsfeld der christlichen Arbeiterschaft. Für unsere Gewerkschaftsjugend durch Errichtung von Jugendheimen, Ferienheimen und Ferienkolonien, durch Einführung von Wandersparten und „Freizeiten“ zu wirken, wird dankbare Anerkennung finden. Nicht nur der Sonntag soll „Sonntag“, auch der Urlaub soll Sonnenchein sein. Helene Herzberg, Dresden, und Anna Schulze, Berlin, versuchten Mittel und Wege zu zeigen, wie hier die einzelnen Verbände für ihre jugendlichen Mitglieder arbeiten können. Das schwierige Kapitel „Ferien“, besonders auch ein Hinblick auf die „Alten“, konnte in seiner ganzen Tiefe leider nicht zur Behandlung kommen.

Es war reichlich viel Stoff bei kurzem Besessener Zeit. Manches konnte leider nicht behandelt werden. Und doch war der erste Wohlfahrtskongress ein guter, wiederprechender Anfang für die christliche Arbeiterschaft. Der Aufgaben sind viele, möge es an frohgemuten Mitarbeitern nicht mangeln.

Emil Ranzky.

wurde diese Lasten festgestellt und auferlegt, daß überall abgebaut werde, daß die Bezüge aber im Gegenfatz dazu ihre Bezüge noch immer aufbauten. Dr. Halbach, Essen erstattete den Geschäftsbericht, welcher eine Einnahme von 38 000 Mark und eine Ausgabe von 37 000 Mark aufweist. Weiterhin kam noch zum Ausdruck, daß die Kassen trotz ihrer beschränkten Mittel fortfahren müßten, die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen. Der zweite Tag brachte in einer öffentlichen Versammlung eine Reihe von Vorträgen, von denen der des abgebauten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann wohl der wichtigste war. Dr. Kaufmann sprach über das scharf umrissene Problem: Sozialversicherung oder Staatsbürgerversicherung. Er führte aus, daß in ganz Australien die Bürgerversicherung eingeführt sei und die Arbeiter dort ohne eigene Beitragsleistung mit 60 bis 65 Jahren etwa 620 Mark im Jahre bezögen. Auch England hatte die Bürgerversicherung und hatte der Arbeiter dort mit 70 Jahren Anspruch auf Rente. 1905 ist England jedoch zur Zwangsversicherung übergegangen. Auch Australien plant die Einführung der Sozialversicherung nach deutschem Muster. Rußland hat die Sozialversicherung seit 1921. Alle Lohnarbeiter sind dort versicherungspflichtig. Die Beiträge müssen dort vom Arbeitgeber allein getragen und dürfen nicht vom Lohn abgezogen werden. Schweden hat die Sozialversicherung laut Gesetz von 1913. Dort sind alle Personen versicherungspflichtig. Japan und die Schweiz haben die Sozialversicherung mit harter Anstandsnahme der Regierung. Nach Dr. Kaufmann wirkt die Staatsbürgerversicherung stark demokratisierend, weil die Bezüge häufig als Armenunterstützung empfunden werden, während die Sozialversicherung wohlverdienende Rechte gibt. Auch behauptet Dr. Kaufmann, daß Deutschland die Mittel zur Staatsbürgerversicherung nicht aufbringen kann. Dr. Kaufmann kommt zu dem Schluß, daß die Sozialversicherung in ihrer heutigen Form kein Ideal darstelle, sondern reformbedürftig sei, daß aber trotzdem an derselben festgehalten werden müsse. Ministerialrat Dr. König referierte über Schulgesundheitspflege. Er laut u. a., daß im Jahre 1919 auf 1000 Schulkinder acht Prozent Tuberkulose kamen, während der Prozentfuß im Jahre 1923 auf 32 Prozent stieg. Extremlich für uns war zu hören, daß die Rheinprovinz in schulärztlicher Versorgung an zweiter Stelle im Reich steht und dort fünf Millionen Kinder schulärztlich versorgt sind. Dr. König wünscht Beteiligung der Krankenkassen an der schulärztlichen Versorgung und glaubt, daß die Untkosten sich auf zehn Pfennig pro Kopf und Jahr stellen würden.

Arbeiterbewegung.

Konfessionelle Verheugung der Gewerkschaftler.
 Daß es möglich ist, die deutschen Volksgenossen trotz der religiösen Spaltung zur gemeinsamen Arbeit in all den Fragen zusammenzuführen, die wir als Deutsche und Standesgenossen der Lösung entgegenführen müssen, haben die 25 Jahre christlicher Gewerkschaftsbewegung gezeigt. Aber nicht nur in rein wirtschaftlichen Fragen, sondern auch zur Verteidigung ihrer gemeinsamen christlichen Weltanschauung fanden sich Katholiken und Protestanten, unbeschadet ihrer verschiedenen konfessionellen Auffassungen, in unserer Bewegung einträglich zusammen.

Jeder Versuch, hier einen Keil hineinzutreiben, wurde bisher energig abgewiesen. Wie erinnern nur an den unglückseligen Gewerkschaftstreit und seinen Ausgang.

Unschönend aber paßt dieses einträglich Zusammenarbeiten manchen Heißspornen außerhalb der Bewegung nicht. Mag sein, daß auch die parteipolitische Neutralität, die Unmöglichkeit, die christlichen Gewerkschaften vor einen bestimmten parteipolitischen Wagen zu spannen, Verärgerung hervorgerufen hat und deshalb versucht wird, das bisherige gute Einvernehmen zu stören.

Wir bedauern lebhaft, wenn Tageszeitungen wie die „Westdeutsche Rundschau“ in Bar-

men und andere sich zu diesen Versuchen hergeben. Ein Herr Dr. Hahne, ein in der Arbeiterbewegung vollständig unbekannter Akademiker, schreibt dort von einer Trennung des Landarbeiterverbandes vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Wir wissen im Augenblicke nicht, ob im Zentralverband der Landarbeiter eine Umgruppierung im Deutschen Gewerkschaftsbund gewünscht wird. In den zuständigen Instanzen ist darüber noch nicht verhandelt worden, weil kein Antrag vorliegt.

Entschieden aber müssen wir Stellung nehmen, wenn Herr Dr. Hahne weiter schreibt: „Wir können den Grund zu diesem bedeutungsvollen Schritt, der nach obiger Mitteilung zu einer scharfen Trennung der evangelischen und katholischen Arbeiterschaft unter Beibehaltung der gemeinsamen Spitze zu führen scheint, wohl in der in letzter Zeit geradezu unerträglich gewordenen ultramontanen Herrschaft gegenüber den evangelischen Gewerkschaftsbeamten erblicken, die bevorzugt „abgebaut“ wurden.“ Schließlich warnt Herr Dr. Fr. W. Hahne die evangelischen Arbeiter vor Unbesonnenheiten und sagt: „Besonnen und fest muß die Lösung durchgeführt werden.“

Ohne auch nur den geringsten Beweis für seine Behauptung von der „ultramontanen Herrschaft“ zu erbringen, wird hier in schlimmer Weise konfessionelle Verheugung betrieben.

Selbstverständlich ist es wieder ein Arbeiter, der noch nie die Leiden und Entbehrungen eines Proletariats am eigenen Leibe verspürt hat, der glaubt, uns Ratschläge erteilen zu müssen, um den letzten Widerstand gegen unchristliche kapitalistische Willkür, eine geschlossene christliche Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Mag dieses die Absicht des Hrn. Dr. Hahne sein oder nicht, die praktische Folge seines Vorhabens aber würde es sein. Herr bewahre uns vor falschen Freunden, gegen unsere Feinde können wir uns selbst schützen.

Inzwischen hat auch der Kollege Behrens zu dieser Frage Stellung genommen und erklärt, daß er und seine evangelischen Kollegen gar nicht daran denken, eine Trennung vorzubereiten. Wohl der beste Beweis für die Notwendigkeit, sich der von außen verübten Beeinflussung von vornherein zu erwehren.

Die „Wahrheitsliebe“ der Gelben!

Vor etwa drei Monaten waren die Gelben aufgefordert, einen Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen, daß die christlichen Gewerkschaften durch Unternehmergelder unterstützt würden. Diesen Beweis ist Geisler und Genossen schuldig geblieben. Die Behauptung wird auch nicht dadurch bewiesen, daß sie in der Nr. 17 der „Deutschen Wertsgemeinschaft“ vom 13. Juli in etwas vorsichtigerer Form wiederholt wird. Es heißt dort nämlich: „Es gibt wohl eine von Unternehmern geleitete (leichtgläubiger und nichtunterrichteter Leute) unterstützte Gewerkschaft. Das ist aber gerade diejenige Gewerkschaftsbewegung, welcher die „Evangelisch-soziale Schule“ und Herr Vieban bestimmungsgemäß und allein dient, nämlich die sich unberechtigterweise „christlich“ nennende Gewerkschaft.“ Die Gelben hüten sich wohl, Schiff und Mann zu nennen. Deshalb auch keine Bezeichnung eines Verbandes, welcher Unternehmergelder erhalten haben soll. Man weiß eben keinen. Wenn aber die Gelben in der Befolgung des Grundsatzes: „Lüge nur immer kräftig drauf los; es bleibt immer etwas hängen“, die Eigenart ihrer nationalen Bewegung erblicken, dann kann uns als christliche Gewerkschaft diese Bewegung auf die Dauer nicht schaden.

Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Opparth.

Aus der Verbannung zurückgekehrt ist unser Vorkämpfer, der Kollege Georg P a r r e n e t s. Vor 16 Monate war er seinem Verwandten- und Bekanntenkreis entzissen. Nunmehr will er wieder unter den Seinen. Einen herzlichen Willkommengruß entbietet auch die Verbandsleitung dem Heimgekehrten.

Hagen. Säuberungsaktion im sozialistischen Staats- und Gemeindearbeiter-Verband. Die Kommunisten

lassen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie vor einer Sprengung der sozialistischen Gewerkschaften nicht zurücktreten, wenn diese sich nicht den Moskauer Befehlen unterordnen wollen. Besonders fleißig haben die SPD in Hagen-Schweim gearbeitet. In Gebelsberg-Schweim ist es noch mit knapper Not gelungen, die Herrschaft der SPD Richtung aufrecht zu erhalten. In Hagen aber sind die Kommunisten ziemlich unbefristete Herrscher der Situation. Recht deutlich zeigt das schon der Ausfall der letzten Wahlen, die den früheren Mehrheitssozialisten ganze 3 Mandate im Stadtverordnetenkollegium brachte, der SPD hingegen 10. Eine scharfe Zuspitzung erliefen die Dinge im sozialistischen Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, dessen Leiter Brühl dadurch bekannt geworden ist, daß er eine Politik trieb, die ganz darauf eingestellt war, den Verkauf der städtischen Arbeiter zu erhöhen und war nicht zuletzt Ursache für den geradezu leichtsinnig heraufbeschworenen Streik der städtischen Arbeiter im Januar dieses Jahres. Trotzdem die Stadtverwaltung dem „Führer“ Brühl „goldene Brücken“ baute, um den Streik zu vermeiden, lebte Brühl ab. Die Folge war, daß der Streik gegen den Willen der Hauptleitung des Verbandes geführt, schon nach wenigen Tagen elend zusammenbrach. Mit Mühe und Not ist es gelungen, die Mehrzahl der Streikenden wieder in ihre frühere Arbeit stellen unterzubringen. Brühl, der bis dahin als Stadtverordneter der SPD angehörte, staltete nun auf einmal um und landete bei den Kommunisten. Ob diese ihm nun nicht trauten, ist nicht zu beweisen. Für die Stadtverordnetenwahl wurde Brühl jedenfalls von der SPD nicht nominiert, sondern suchte sich zu der Sozialdemokratischen Partei, wo er aber, obgleich Spitzenkandidat, durchdrückte.

Nach den Berichten der kommunistischen Presse hat dann aber, seitdem Brühl nach Moskau gegangen, eine scharfe Leke der Haupt- und Sanktionierung der sozialistischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes eingesetzt. Dieser Leke soll, daß Brühl sein Amt als Gewerkschaftssekretär niederlegt. In einer Besprechung soll Brühl zwar wieder erwählt worden sein, aber der Hauptvorstand hat die Wahl nicht bestätigt, sondern dem Brühl ein Schreiben geschickt, nach welchem er sich als aus dem Verbande ausgeschlossen zu betrachten hat.

Damit wäre also die kommunistische Leitung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes in Hagen erledigt. Ob auch der kommunistische Einfluß in der Filiale Hagen damit gebrochen ist, sei dahin gestellt. Fest steht nur, daß eine nicht geringe Mehrheit längst zu den Ehrenmitgliedern gegangen ist, daß heißt, sich gerichtet um den Verband kümmert, der so fröhlich mit ihren Interessen spielt hat. Für die auf christlich-nationalen Boden lebende Arbeiterschaft sollte das parteipolitische Ringen im freien Gewerkschaftslager Anlaß geben, mit verdoppelter Energie für die Erstarkung der christlichen Gewerkschaften tätig zu sein.

Büchertisch.

Deutsches Beamten Taschenbuch.

Herausgegeben von der Geschäftsstelle des Deutschen Beamten-Archivs, Wirtschaftsverlag Arthur Sudau, G. m. b. H., Berlin S. W. 48.

Die aufstrebende Beamtenschaft wird dieses Taschenbuch mit besonderer Genugtuung begrüßen. Die „Organisation in Beamtenangelegenheiten“ ist klar und übersichtlich wiedergegeben. Die „Beamtensrechtsverhältnisse“ bieten in ihrer kurzen Darstellung eine wertvolle Lektüre. Auch die Angabe wichtiger Bücher für Beamte muß dankbar anerkannt werden. Wir empfehlen das Taschenbuch ganz besonders unseren beamteten Mitgliedern.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

| | |
|------------------------------|-----------|
| Franz Wehstein, München | 11. 6. 24 |
| Wilh. Förth, Karlsruhe | 20. 6. 24 |
| Johann Röth, Bernau | 21. 6. 24 |
| Karl Schulz, Bochum i. W. | 28. 6. 24 |
| Hermann Stajche, Köln | 8. 7. 24 |
| Karl Bienbar, Köln | 9. 7. 24 |
| Johann Edenweber, Bamberg | 9. 7. 24 |
| Andreas Schneider, Esslingen | 11. 7. 24 |
| Er. Wiltz, Stets, Leipzig | 11. 7. 24 |

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

G. E i s m a n n, Köln, Dombrohl 9, Druckerei des Volkswacht-Verlags, Köln, Domstraße 6